

musste aufgrund des entschiedenen Widerstands der Alliierten im Juni 1947 revidiert werden – was sofort Proteste der wieder ausgegliederten Bürgermeister hervorrief. Mit der im Gegenzug vorgenommenen Angliederung der Ostertal-Gemeinden erhielt das Saarland dann seine bis heute gültige Gestalt.

Die Saarpolitik der französischen Besatzungsverwaltung

Ein derart abwägendes Verhalten war auf Ebene der Besatzungsverwaltung in Baden-Baden kaum möglich, wo man eindeutig auf einen wirtschaftlichen Anschluss der Saar an Frankreich abzielte. Entsprechende Planungen wurden von den zuständigen Expertengremien schon sehr bald ausgearbeitet und mitunter auch schon umgesetzt, wodurch wiederum eine politische Grundsatzentscheidung über das weitere Schicksal der Saar immer drängender wurde.¹² Die Politik der regionalen Besatzungsverwaltung unter dem Militärgouverneur (Délégué supérieur) Gilbert Grandval, der im September 1945 seinen Dienst in Saarbrücken angetreten hatte, warf neue Probleme auf. Denn dessen Bemühungen, das besondere Interesse Frankreichs an der Saar in eine eigenständige Politik zu überführen, erforderte – beispielsweise bei Lebensmittelzuteilungen – eine bevorzugte Behandlung der Saarländer, was heftige Widerstände in Frankreich hervorrief und zu Auseinandersetzungen in der Zonenverwaltung führte.

Die Ausgliederung des Saarlandes aus der französischen Besatzungszone und seine schrittweise Überführung in eine enge Bindung an Frankreich waren – Armin Heinen zufolge – das Ergebnis bürokratischer Entscheidungsfindung, welche überwiegend durch die französischen Vertreter in Baden-Baden und in Saarbrücken bestimmt wurde. Mit dem Hintergedanken einer späteren politischen Angliederung des Saarlandes an Frankreich wurde noch im Jahr 1945 eine besonders rigide Entnazifizierungspraxis beschlossen, die um den bevölkerungspolitischen Aspekt einer „Entpreußung“ ergänzt wurde. Eine Ausweisung von bis zu 200.000 Menschen nicht-saarländischer Herkunft, die in diesem Zusammenhang diskutiert wurde, sollte nationalistisch motivierte Widerstände gegen die französische Saarpolitik im Keim ersticken. Konkret umgesetzt wurden diese Pläne jedoch nur in sehr viel geringerem Umfang – nicht zuletzt deshalb, weil sie das vorrangige Ziel einer ökonomischen Stabilisierung der Saar zu gefährden drohten. Ausgewiesen wurden insgesamt 1.820 Personen, von denen bis 1949 allerdings schon 1.228 an die Saar zurückkehren durften.

Die Errichtung einer Zollgrenze zu Deutschland am 20. Dezember 1946 markierte den Beginn jener Strategie, die eine Loslösung der Saar von der restlichen Besatzungszone anvisierte. Nachdem seit Mitte 1946 auch unterhalb der obersten Führungs- und Entscheidungsebene erkannt worden war, dass eine Annexion außenpolitisch nicht durchsetzbar war und zudem den Vorgaben der eigenen

¹² Vgl. die Quellen Nr. 5, 8 u. 10.